

Pressemitteilung

7. März 2023

„Equal Pay Day“-Demo vor dem Sozialministerium

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: SoVD übergibt Forderungen an Politik

Hannover. Umsonst arbeiten? Für Frauen in Niedersachsen ist das leider 66 Tage lang im Jahr die traurige Realität. Denn: Noch immer verdienen sie im Durchschnitt 18 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen, obwohl sie gleiche oder gleichwertige Arbeit leisten. Am heutigen Aktionstag „Equal Pay Day“ hat der Sozialverband Deutschland (SoVD) in Niedersachsen deshalb bei einer Demonstration vor dem Sozialministerium auf diese Ungleichheit hingewiesen und seine Forderungen an die Politik übergeben.

„Ein Stück Ungerechtigkeit“ – so lautete das Motto der SoVD-Kundgebung. Der Sozialverband machte damit auf die Problematik aufmerksam, dass die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern noch immer viel zu groß ist. „Nur 63,5 Prozent der Frauen können ihren Lebensunterhalt durch ihren Job bestreiten. Bei Männern sind es über 77 Prozent. Das hat auch Konsequenzen für die Zukunft: Frauen, die zu wenig verdienen, sind akut von Altersarmut bedroht“, betonte die SoVD-Landesfrauensprecherin Roswitha Reiß während der Aktion in Hannover.

Doch Niedersachsens größter Sozialverband kritisiert die aktuelle Situation nicht nur, sondern hat auch Lösungsvorschläge. „Neben gleichem Lohn muss es auch endlich eine finanzielle Aufwertung von sogenannten Frauenberufen geben“, so Reiß weiter. Wichtig sei außerdem eine bessere Unterstützung von Alleinerziehenden, die aufgrund ihrer Situation besonders auf eine gerechte Bezahlung angewiesen seien.

Ulrike Westphal, Leiterin der Gleichstellungsabteilung im Sozialministerium, bedankte sich für den Einsatz des SoVD und die Forderungen. „Gleichstellung ist ein Schwerpunktthema des Ministeriums“, betonte sie. Es sei zwar schon einiges erreicht worden, allerdings nur im Schnecken-tempo. „Die Lohnlücke ist inakzeptabel“, so Westphal. Deshalb gehe es darum, mehr zu bewegen und die Probleme sichtbar zu machen. Nur so könnten sich Strukturen verändern.

Bildunterschrift: Roswitha Reiß (links) überreichte Ulrike Westphal eine Torte mit einem „Stück Ungerechtigkeit“ von 18 Prozent. Foto: Lennart Helal

